



Bericht aus Berlin

7 / 2013

Viel Freude bei der Lektüre meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Bundestag

Zypern-Hilfe schützt die gesamte Euro-Zone

Der Bundestag hat am Donnerstag mit der Zustimmung zum Rettungspaket für Zypern einen weiteren Schritt zur Stabilisierung der Euro-Zone getan. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble warb in der Debatte um die Zustimmung der Abgeordneten mit den Worten: „Es gibt zur Überwindung der Krise nicht die eine einfache Lösung.“ In namentlicher Abstimmung stimmten neben der christlich-liberalen Koalition auch die meisten Abgeordneten von SPD und Grünen für die Finanzhilfen von bis zu zehn Milliarden Euro. „Wir sind bei der Bekämpfung der Staatsschuldenkrise im letzten Jahr gut vorangekommen. Wir haben die Währungsunion Schritt für Schritt stabilisiert“, stellte Schäuble fest. Deshalb müsse man sich nun auch der Probleme des kleinen Inselstaates annehmen, obwohl sein Bruttosozialprodukt nur 0,2 Prozent der Euro-Zone betrage. „Wir müssen verhindern, dass aus Problemen in Zypern Probleme für die anderen Länder werden“, sagte der Finanzminister. Wenn man Zypern nicht helfe, stehe das Land vor dem Staatsbankrott, warnte er. Dies könne andere Länder der Euro-Zone in Mitleidenschaft ziehen. Damit kommt die sogenannte Systemrelevanz ins Spiel, die Voraussetzung für Hilfen aus dem Euro-Rettungsschirm ist. Sie besagt: Hilfen können nur dann gewährt werden, wenn die Finanzstabilität der Euro-Zone als Ganzes bedroht ist. Außerdem dürfe die Hilfe nur so hoch sein, dass das Land seine Schuldentragfähigkeit bald wieder erlangen könne, sagte Schäuble. Bis 2020 soll Zypern einen Schuldenstand von 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen. Wie für alle anderen Euro-Krisenländer, die mit Krediten aus dem ESM unterstützt werden, gilt auch für Zypern: „Hilfe ist immer Hilfe zur Selbsthilfe“, betonte Schäuble. Damit die Inselrepublik neun Milliarden

aus dem europäischen Rettungsschirm und eine Milliarde vom Internationalen Währungsfonds (IWF) erhalten kann, muss es selbst den restlichen Finanzbedarf von rund 13 Milliarden Euro schultern. Außerdem muss Zypern wie die anderen sogenannten Programmländer wirtschafts- und sozialpolitischen Reformen durchführen, die es mit der Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und IWF vereinbart hat. In Zypern kommen strenge Auflagen zur Restrukturierung des Bankensektors hinzu. Bei Einlagen über 100.000 Euro müssen sich die Kontoinhaber mit erheblichen Summen beteiligen. Die Beteiligung von Anlegern ist bislang einmalig: „Es muss im Falle von Schieflagen von Banken eine Haftungsreihenfolge geben“, betonte Schäuble. Steuerzahler und Staatengemeinschaft dürfen bei einer drohenden Bankenpleite erst an letzter Stelle einspringen. Zuerst kommen die Eigentümer, dann die Fremdkapitalgeber und danach bis zu einer gewissen Grenze die Einleger. Erst danach dürften die Staaten und die Staatengemeinschaft helfen. Im Rahmen der Debatte zu Zypern erinnerte Schäuble daran, dass die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Stabilitätsunion umgebaut werde. Eine „effektive finanzpolitische Säule“ müsse neben die gemeinsame Geldpolitik gestellt werden. Damit ein in Not geratener Bankensektor nicht den Staat mit in die Krise ziehe, müssten die Banken künftig ausreichend Eigenkapital vorhalten. Eine schlagkräftige Bankenaufsicht, die mindestens die drei größten Banken eines jeden Landes kontrolliere, sei nötig. Der Finanzminister sieht Europa auf dem mühsamen Weg gut vorangekommen.

Mehr Informationen finden Sie unter:

www.cducsu.de

Bundestagsdrucksache...

Alle Gesetzentwürfe, Anträge, Beschlussempfehlungen und sonstige Vorlagen, die im Bundestag verhandelt werden, erscheinen als Drucksache. Die Vorlagen gelangen zunächst ins Parlamentssekretariat, wo sie geprüft, fortlaufend nach Eingang nummeriert und für den Druck vorbereitet werden. Zusammen mit der Nummer der aktuellen Wahlperiode ergibt die fortlaufende Zahl die amtliche, einmalige Drucksachenummer. Die Drucksachen werden gedruckt und an die Abgeordneten, die Mitglieder des Bundesrats und an alle Bundesministerien verteilt. In einer in der Regel vierjährigen Wahlperiode entstehen im parlamentarischen Betrieb mehr als 12.000 Drucksachen – viele von geringem Umfang, einige wie der jährliche Haushaltsplan mit mehr als 3000 Seiten. Die Bundestagsdrucksachen sind auch auf der Internetseite des Bundestages in der Rubrik „Dokumente und Recherche“ zugänglich. www.bundestag.de

Nachrichten

Peter Götz setzt sich für nachhaltige Stadtentwicklung bei den Vereinten Nationen ein

Auf Einladung von *Executive Director* Joan Clos von UN-Habitat nahm der Bundestagsabgeordnete Peter Götz in seiner Funktion als Weltpräsident der *Global Parliamentarians on Habitat* am 24. *Governing Council* der Vereinten Nationen (UN-Habitat) in Nairobi teil. Er forderte die anwesenden Parlamentarier aus der ganzen Welt auf, sich für klare Regeln für eine nachhaltige Stadtentwicklung in ihrer nationalen Gesetzgebung einzusetzen und



verstärkt die Finanzierung für die Umsetzung dieser Gesetze bereitzustellen. Unter dem Vorsitz von Peter Götz berichteten die Präsidiumsmitglieder der *Global Parliamentarians on Habitat*, die Götz nach Nairobi eingeladen hatte, über Fortschritte und Aktivitäten in ihren Ländern und Regionen. Außerdem wurden Festlegungen für die nächsten Veranstaltungen der GPH getroffen. So ist die nächste europäische Konferenz der *Global Parliamentarians on Habitat*, zu der auch die oberste Führungskraft von UN-Habitat, Dr. Joan Clos, erwartet wird, am 17. und 18. Oktober 2013 in Split, Kroatien. Dort soll laut Peter Götz auch das 25-jährige Bestehen dieser internationalen Parlamentarierorganisation gefeiert werden. Ein weiteres Parlamentariertreffen ist in Arusha, Tansania, geplant. Zusammen mit Vertretern der KfW Bankengruppe, der GIZ und kenianischen Partnern, besichtigte der Rastatter ein von Deutschland und der EU finanziertes Wasserversorgungsprojekt in Mathare Village, einem der mit ca. 500 000 Bewohnern größten Slums in Nairobi. An verschiedenen Kiosken haben die Ärmsten der Armen die Möglichkeit, in 20 Liter Wasserkanistern sauberes Wasser zu günstigen Konditionen zu holen. Das Projekt wird auch von der Bill-und-Melissa-Gates-Stiftung unterstützt. Götz: „Es ist eindrucksvoll zu sehen, wie versucht wird, die Lebensqualität der im Slum oft seit Generationen lebender Menschen zu verbessern“.

Peter Götz sucht Gastfamilien für amerikanische Austauschschüler

Im August/September 2013 kommen rund 250 Austauschschülerinnen und -schüler aus den USA für ein Schuljahr nach Deutschland. Sie sind Stipendiaten des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP), einem Förderprogramm für transatlantischen Schüleraustausch, das vom Deutschen Bundestag und dem Kongress der USA getragen wird. Alle Austauschschüler werden von jeweils einem Bundestagsabgeordneten als Pate betreut. Auch der Bundestagsabgeordnete Peter Götz engagiert sich als Pate im PPP. Er weist darauf hin, dass die Austauschorganisation Youth For Understanding (YFU) zurzeit für 50 PPP-Stipendiaten Gastfamilien sucht: „Ich würde mich freuen, wenn sich in unserem Wahlkreis möglichst viele Familien für die Aufnahme eines Austauschschülers begeistern würden“, so Götz. „Ein Jahr mit einem Jugendlichen aus einem anderen Land zu verbringen, ist eine sehr bereichernde Erfahrung, die gleichzeitig die interkulturelle Verständigung stärkt.“ Während ihres Austauschjahres besuchen die jungen US-Amerikaner eine Schule in der Nähe ihrer

Gastfamilie. Durch den Schulbesuch und das Leben in der Gastfamilie lernen sie Deutschland ganz persönlich kennen. Grundsätzlich sind alle gastfreundlichen Familien und Paare geeignet, Gastfamilie zu werden. „Gastfamilien müssen den Austauschschülern keinen besonderen Luxus bieten, sondern sollten sie einfach wie ein neues Familienmitglied in den Alltag integrieren“, erklärt Götz. Seit 1983 vermittelt das PPP Jugendlichen in Deutschland und den USA die Bedeutung freundschaftlicher Zusammenarbeit, die auf gemeinsamen politischen und kulturellen Wertvorstellungen beruht. Mit Vollstipendien ermöglicht das PPP den US-amerikanischen Teilnehmern ein Austauschjahr in Deutschland, während im Gegenzug etwa 300 Jugendliche aus Deutschland als „junge Botschafter“ in die USA reisen. Das Programm wird unter anderem von der Austauschorganisation Youth for Understanding durchgeführt.

Familien und Paare, die Interesse haben, einen Austauschschüler bei sich aufzunehmen, können sich bei YFU melden unter Telefon 040 227002-0 oder per E-Mail an info@yfu.de. Weitere Informationen im Internet:

www.bundestag.de/ppp und www.yfu.de

Einige interessante Daten und Fakten...

Deutschland erzielt Rekord-Stromüberschuss

Wie schon in den sechs vorangegangenen Jahren, war Deutschland auch 2012 im Saldo wieder Stromexporteur. Insgesamt wurden nach Angaben der vier großen Übertragungsnetzbetreiber im vergangenen Jahr 43,8 Terrawattstunden (TWh) über die europäischen Stromnetze nach Deutschland eingeführt. Währenddessen exportierte Deutschland im gleichen Zeitraum 66,6 TWh. Dies ergibt einen Überschuss von 22,8 TWh. Gegenüber 2011 vervierfachte sich dieser Überschuss nahezu, allerdings betrug der Überschuss im Jahr 2011 auch nur 6,0 TWh. 2010 lag der Überschuss noch bei 17,6 TWh, 2009 bei 14,4 TWh. Damit wurde 2012 der höchste Überschuss der letzten vier Jahre erzielt. Deutschland erwirtschaftete durch diesen Stromüberschuss im vergangenen Jahr 1,4 Mrd. €. Der Wert der Stromausfuhren betrug 3,7 Mrd. €, während die Importwerte bei 2,3 Mrd. € lagen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Immobilien wichtigste Vermögensgrundlage für die Deutschen

Die Bundesbürger besitzen Häuser und Eigentumswohnungen im Wert von fast 6 Billionen Euro. Dieser Wert hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt, so eine Analyse des Kompetenzfelds Immobilienökonomik des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln. Immobilien sind somit nach wie vor die wichtigste Vermögensgrundlage der privaten Haushalte. Deutschlandweit verfügen 18,8 Millionen Haushalte (das entspricht 48 %) über Haus- und Grundbesitz. Dabei liegt die Quote im Osten mit 39 % niedriger als in Westen (50 %). In der Gruppe der Rentner verfügen 60 % über Immobilienbesitz. Immobilienvermögen und Einkommenshöhe stehen in einem engen Verhältnis: Während etwa 80 % der Haushalte mit mehr als 4.500 € netto im Monat über Immobilienbesitz verfügen, sind dies bei Einkommen unter 1.300 € netto monatlich nur etwa 20 % der Haushalte. Ein ebenso wichtiges Kriterium ist die Haushaltsgröße: Je mehr Personen in einem Haushalt leben, umso eher handelt es sich um Eigentum. (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW))

Eltern befürworten Ehegattensplitting

Eine im Auftrag der Zeitschrift „Eltern“ durchgeführte Studie belegt, dass 81 % der Eltern minderjähriger Kinder das Ehegattensplitting für eine geeignete Maßnahme zur Förderung von Familien halten. Sowohl bei Anhängern von CDU/CSU (84 %), als auch bei 76 % der Grünen- und 83 % der SPD-Wähler stößt es auf Zustimmung. Nur 16 % halten es für eine gute Idee, das Splitting abzuschaffen.

Ferner zeigt die Studie die Hintergründe dieser Beliebtheit auf: Von dem Splittingvorteil profitieren insbesondere Paare, bei denen einer der Partner mehr verdient – was in Familien fast immer der Fall ist. Dass der Splittingtarif die richtige Antwort auf die Lebenspraxis ist, wird auch dadurch bestätigt, dass das Modell der doppelten Vollzeitberufstätigkeit bei Eltern unpopulär ist: Nur 13 % streben es an. Dagegen ziehen 40 % der Eltern die Teilzeitbeschäftigung der Mutter vor, die sich so um die Kinder kümmern kann, während der Vater in Vollzeit arbeitet.

Gleichzeitig gibt gut die Hälfte der Befragten an, Probleme mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu haben. Schließlich bevorzugen nur noch 6 % der Eltern die klassische Alleinverdiene-Ehe und nur eine Minderheit von 14 % lebt in einer solchen Partnerschaft.

Zur Relevanz der Ergebnisse führt die Studie aus, dass das Thema „Familie, Kinder und Bildung“ für 86 % der befragten Eltern bei ihrer Wahlentscheidung eine mindestens genauso so große Rolle spielen wird wie andere Themen. Das Ehegattensplitting wird für 59 % Einfluss auf die Wahlentscheidung haben.

(Quelle: Forsa-Studie „Familie und Wahl“)